

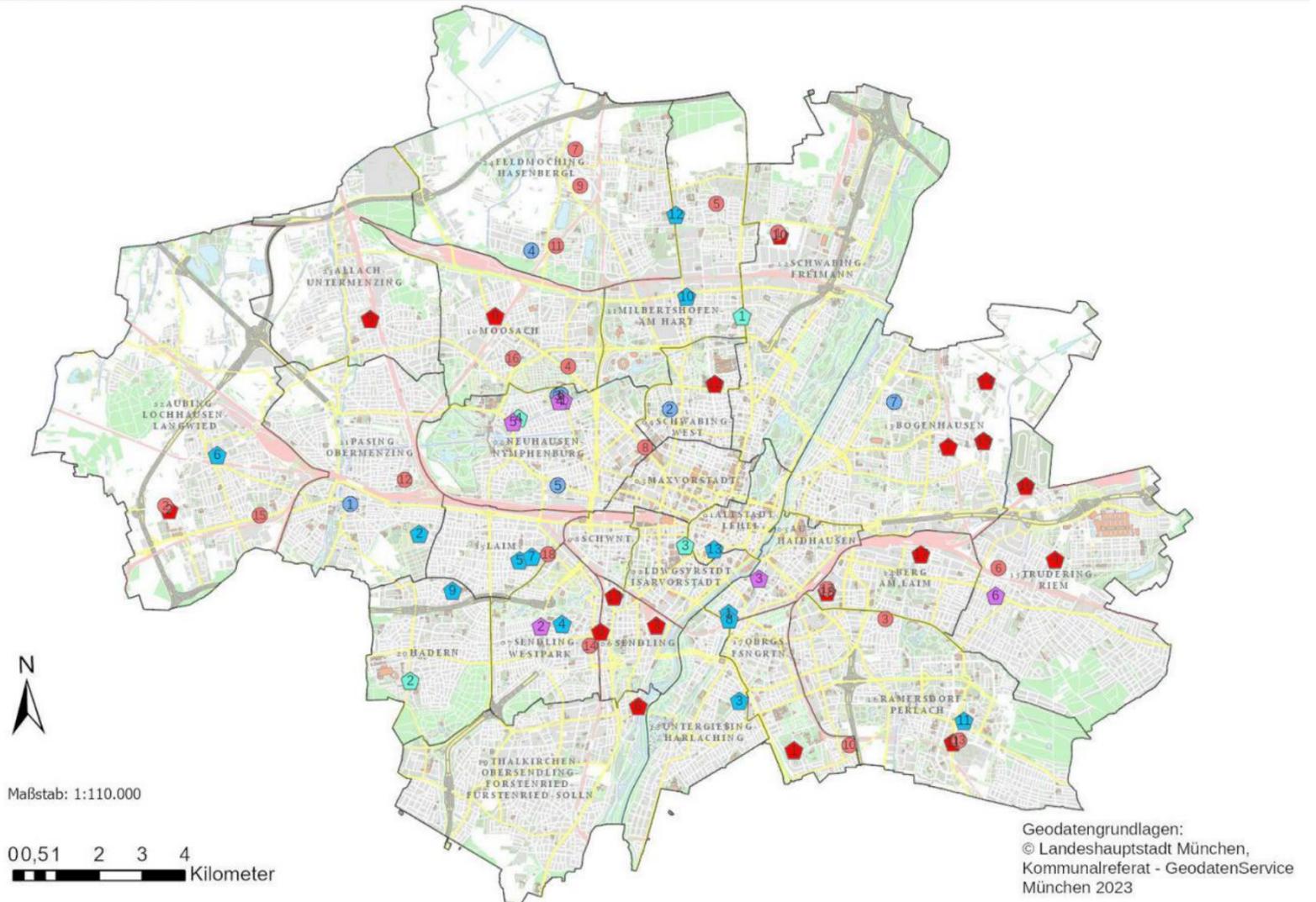
Wo kann man im Alter wohnen?

Die Stadt will an 18 neuen Standorten Mehrgenerationen-Wohnen für Senioren mit kleiner Rente bauen. Die SPD fordert zusätzlich eine schnelle Lösung für 2000 Altenwohnungen

Die Frage, wie sie im hohen Alter mal leben wollen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind, treibt viele ältere Münchnerinnen und Münchner um. Nicht nur, weil Wohnplätze und Pflege oft mehr kosten, als an Rente bleibt. Sondern auch, weil die Auswahl gar nicht so groß ist.

Die Stadt müht sich deshalb sehr, die Zahl der Wohnmöglichkeiten für die ältere Generation auszubauen – von Alten-WGs mit ambulantem Pflegedienst über Mehrgenerationen-Anlagen bis zu Pflegestationen für Demenzerkrankte. Heute legt das Sozialreferat die aktuellen Pläne im Stadtrat vor, danach sollen an 18 neuen Standorten bezahlbare Wohnangebote entstehen.

Karte 1: Wohnen im Alter in München 2023: Bestand und Bedarfsanmeldungen (Umsetzbarkeit muss noch geprüft werden)



Bislang gibt es 13 städtische Senioren-Wohnanlagen in München (blaue Fünfecke), sechs Projekte für altengerechtes Wohnen (lila) und vier Altenwohnanlagen der Münchenstift für Wohnen mit Begleitung/selbstständiges Wohnen (türkis). Dazu kommen sieben Standorte mit „Sorgenden Hausgemeinschaften“ (blaue Punkte). Alle rot und rosa markierten Punkte bezeichnen Standorte, die noch kommen sollen. Das sind 18 Wohnanlagen mit Mehrgenerationenanteil (rot) und weitere 18 Orte mit „Sorgenden Hausgemeinschaften“ (rosa).

Keiner soll wegen kleiner Rente aus der Stadt müssen

Die Rathaus-SPD findet allerdings: Das reicht nicht. Zum einen steigt die Zahl der pflegebedürftigen Münchner, vor allem der Demenzerkrankten, stark an (von 37 000 auf über 44 000 innerhalb der letzten zwei Jahre), zum anderen werden die geplanten neuen Standorte so schnell nicht fertig werden.

Die Fraktion will deshalb mit einem eigenen Antrag auch kurzfristige Projekte umsetzen lassen, damit sehr schnell 2000 zusätzliche Wohnungen für ältere Menschen zur Verfügung stehen.

Einen Überblick über die Senioren-Wohnmöglichkeiten, die es schon gibt – und die in Planung sind –, gibt das Sozialreferat auf zwei Karten.

Karte 1 (oben) zeigt: Bislang gibt es 13 klassische städtische Senioren-Wohnanlagen in München, die in den 1960er und 1970er Jahren als preisgünstige Sozialbauten geschaffen wurden (die 57 reinen Altenpflegeheime in München mit 8000 Plätzen sowie privat geführte Seniorenresidenzen sind hier nicht aufgeführt). Dazu kommen sechs Projekte für altengerechtes Wohnen und vier Altenwohnanlagen der



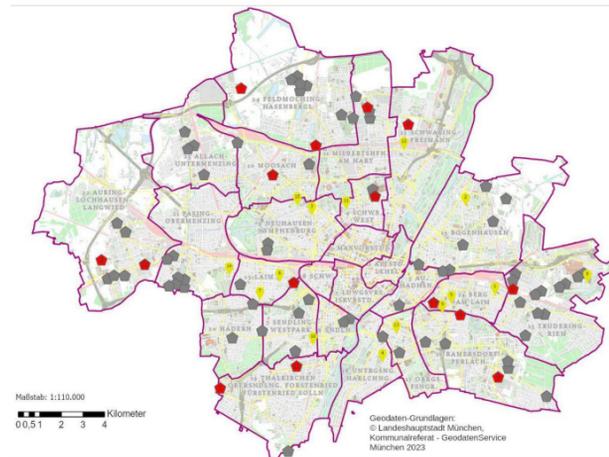
Frauen-WG-Initiatorin Christa Lippmann (vorne links) mit anderen Frauen aus ihrem Wohnprojekt „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“.

Münchenstift, in denen die Bewohner selbstständig (oder mit Begleitung) leben, wie im Mathildenstift oder dem Münchener Bürgerheim. Insgesamt können in diesen Häusern 3500 Senioren wohnen.

Relativ neu sind die sieben Standorte mit kleinen „Sorgenden Hausgemeinschaften“, die von der Stadt unterstützt werden. Gemeint sind hier vor allem die Frauen-WGs von Initia-

torin Christa Lippmann und ihrem Projekt „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“. Die letzte dieser WGs hat sie im Stelzenhaus am Reinmarplatz aufgemacht (AZ berichtete).

Die 18 rot markierten Punkte der großen Karte oben bezeichnen Standorte, an denen die Stadt zeitgemäßes Mehrgenerationen-Wohnen mit bezahlbaren Mieten bauen will – also keine



Karte 2: Innovative Pflege- und Versorgungsformen: Die grauen Punkte markieren bestehende ambulant betreute Pflege-Wohngemeinschaften. Gelbe Punkte zeigen „Wohnen im Viertel“-Projekte für Senioren der städtischen Gewofag. Neu dazukommen sollen die Orte, die rot markiert sind.

homogenen Altenheime mehr. Wobei noch geprüft werden muss, ob das umsetzbar ist.

Dort leben Senioren, Familien und Alleinerziehende dann unter einem Dach. Auch Alten- und Servicezentren (mit kostenlosen Mittagstischen) liegen in der Nähe. Noch in diesem Jahr soll ein solches Mehrgenerationenprojekt im Queer-Quartier Herzog*in an der Radlkoflerstraße fertig werden,

das nächste dann erst 2027 in der Meindlstraße.

Auch weitere 18 „Sorgende Hausgemeinschaften“ mit jeweils acht bis zehn Apartments will die Stadt errichten, die große Karte oben zeigt 18 geplante Standorte, etwa in Freiham oder im Werksviertel.

Moderne Wohnformen für Hochbetagte zeigt auch die kleine Karte 2. Etwa die 67 ambulant be-

treuten Pflege- oder Demenzwohngemeinschaften mit 488 Plätzen (graue Punkte; an den roten Punkten sind weitere 15 Standorte geplant).

Oder die von der Stadt geförderten 15 „Wohnen im Viertel“-Standorte der Gewofag. Hier sind 165 Senioren-Wohnungen so in die Anlagen integriert, dass der Pflegedienst, ein Wohncafé und Nachbarschaftstreffs nahe liegen.

Geht es nach der SPD, soll die Stadt auch kurzfristig Wohnraum anbieten – etwa durch Akquise der Wohnungsbaugesellschaften. Als Beispiel führt sie die neue Senioren-Wohnanlage an der Schleißheimer Straße an, dort stellt die GWG 131 Wohnungen zur Verfügung, die Diakonie Hasenberg hat die psychosoziale Betreuung übernommen und es gibt eine Mobilitätsstation für ältere Menschen. „Ein bezahlbares, barrierefreies und gut erreichbares Zuhause ist der größte Wunsch vieler älterer Münchnerinnen und Münchner“, sagt SPD-Fraktionschefin Anne Hübner. „Niemand soll in der Rente München verlassen müssen, weil er sich das Leben hier nicht mehr leisten kann.“ Irene Kleber

CSU: „Vereinen nicht den Strom abdrehen“

Veranstalter dürfen die Stromanschlüsse der Stadt nicht mehr nutzen. Das wird für sie teuer

Maifeiern, Straßenfeste und Konzerte – Vereine organisieren zahlreiche Veranstaltungen, und zwar oft dort, wo oft die Wochenmärkte stattfinden. Denn

dort sind meist Stromanschlüsse im Boden verlegt und die konnten die Vereine auch für ihre Feste nutzen. Doch die Stadt hat die Regelungen verändert und jetzt ist das nicht mehr möglich. Die Vereine müssen eigene Anschlüsse verwenden.

Nun fürchten die CSU und auch der Maibaumverein Berg am Laim, dass wegen der vielen Bürokratie bald niemand mehr Lust ha-

ben könnte, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die CSU beantragt deshalb, dass die Stadt zusätzlichen Papierkram und höhere Kosten für die Vereine vermeiden soll.

Bislang lief es immer so ab, wenn Vereine für ein Fest einen Stromanschluss der Stadt nutzen wollten: Sie fotografierten vor und nach ihrem Fest den Zähler, dann rechneten sie den Strom mit der Stadt ab. Außer-

dem zahlten sie eine Pauschale von 150 Euro. So beschreibt es die CSU in einer Mitteilung.

Diese Praxis hat sich vor ein paar Wochen geändert: Nun sollen Vereine vorher einen Antrag bei den Stadtwerken stellen, die dann einen zusätzlichen Stromkasten am Festplatz aufbauen. Dieser Anschluss soll 380 Euro kosten, plus die Stromkosten, schreibt die CSU. „Hinzu kommt

weiterer Arbeitsaufwand für die Vereine wie etwa die Erstellung von Lageplänen für den Antrag sowie den Aufbau zusätzlicher Kabelbrücken“, heißt es weiter.

Christian Ebbecke, Chef des Maibaumvereins Berg am Laim, ist alarmiert: „Für uns Vereine gibt es ohnehin immer mehr Auflagen und Bestimmungen. Es ist nicht leicht, Menschen noch für ehrenamtliche Arbeit

zu gewinnen.“ Auch CSU-Stadtrat Fabian Ewald findet: „Mit viel Aufwand einen zweiten Stromanschluss neben die vorhandenen Steckdosen legen zu lassen, ist doch absurd. Die bisherige Praxis hat gut funktioniert.“

Am Grünen Markt in Berg am Laim seien vor wenigen Jahren neue Anschlüsse verbaut worden. Nur nutzen dürfen die Vereine diese nun nicht mehr. che